

Schützt die Bevölkerung in Gaza vor dem schleichenden Massenmord durch die Blockade



Am 23. Januar führte die anhaltende Blockade zum Ausbruch aus Gaza. Die Grenzanlage zu Ägypten wurde bei Rafah in den frühen Morgenstunden gesprengt und Zehntausende strömten über die Grenze nach Ägypten

Bildquelle: Spiegel Online



Das Leiden der Bevölkerung in Gaza unter der israelischen Blockade hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Nachdem Israel drei Tage lang die Grenzübergänge zum Gazastreifen fast total geschlossen hatte, musste vergangenen Sonntag das einzige Elektrizitätswerk im Gazastreifen, aus Treibstoffmangel abgeschaltet werden. Mindestens 800 000 Menschen (mehr als die Hälfte der 1,5 Millionen Bewohner des Gazastreifens) blieben daraufhin ohne Elektrizität. Damit wird es für viele zum fast unlösbaren Problem an Brot zu kommen. Die Bäckereien können nicht arbeiten und über einen eigenen Holzbackofen verfügen wenige. Der Gazastreifen ist das am dichtesten bevölkerte Gebiet der Erde und fast die Hälfte der Bevölkerung lebt auf engstem Raum in Flüchtlingslagern. Grundwasser und damit die Trinkwasservorräte sind ohne elektrische Pumpen nicht erreichbar. Abwasser steht auf den Straßen, da die elektrischen Pumpen still stehen.

Besonders tragisch sind die Folgen im medizinischen Sektor. Die Reserven der Notgeneratoren, mit denen derzeit lebenserhaltende medizinische Maschinen wie Brutkästen oder Beatmungsgeräte betrieben werden, reichen nur für kurze Zeit. Es kann nicht operiert werden. Gelagerte Blutkonserven verderben. Nach einer einmaligen Lieferung am vergangenen Dienstag will Israel die Treibstoffversorgung des Gazastreifens weiterhin blockieren, so dass das Elektrizitätswerk in Gaza bereits am Donnerstag erneut abgestellt werden musste. Für den Treibstoff für Gaza bezahlt die EU übrigens monatlich 10 Millionen Dollar an die israelische Regierung. Die Argumentation der israelischen Regierung, die humanitäre Krise sei „übertrieben“ oder die Hamas hätte die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Elektrizität zugunsten der Raketenproduktion gekappt, ist zynisch. Genauso zynisch ist die Behauptung Ehud Olmerts, Israel würde keine humanitäre Krise im Gazastreifen zulassen. Denn die fast durchgehenden israelischen Grenzblockaden haben schon lange katastrophale Folgen. Mindestens 75 Patienten starben während der vergangenen 6 Monate, da die notwendigen Medikamente für die Behandlung fehlten oder die israelischen Behörden die Ausreise für eine Spezialbehandlung verweigert hatten. Nach einer Untersuchung der John Hopkins Universität, Baltimore, liegt die Säuglingssterblichkeit (unter einem Jahr) in den palästinensischen Autonomiegebieten bei 20 von 1000. Ein Fünftel dieser Babys starb wegen der israelischen Checkpoints und der israelischen Apartheidsmauer in den palästinensischen Autonomiegebieten. Nach

Angaben der Gewerkschaften haben über 100 000 Palästinenser im vergangenen halben Jahr ihre Arbeit verloren, denn ohne Rohmaterial und Ersatzteile bricht die Industrieproduktion in Gaza nach und nach zusammen. Nahrungsmittel sind knapp und die Preise für viele Nahrungsmittel haben sich längst verdoppelt oder verdreifacht.

Gleichzeitig sorgt die israelische Armee für den täglichen Terror. Allein vergangene Woche wurden 36 Palästinenser im Gazastreifen von israelischen Geschossen getötet. Seit dem 1. Januar 2008 kamen bei israelischen Angriffen 76 Palästinenser ums Leben und 293 wurden verletzt, wie Dr. Mawia Hasaneen, Direktorin der Notaufnahme in Gazas größtem Krankenhaus, dem Al-Shifa-Hospital, mitteilt. Unter den Opfern sind regelmäßig viele Zivilisten. Der Sonderberichterstatter der UNO für die Menschenrechte in den palästinensischen Gebieten, John Dugard, bezeichnete einen Angriff auf ein Regierungsgebäude der Hamas als „Kriegsverbrechen“, das bestraft werden muss. Ganz in der Nähe fand eine Hochzeit statt, eine 47-Jährige wurde durch Granatsplitter getötet und ca 50 Menschen verletzt. Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem berichtet von 131 Palästinensern, die in israelischen Militärangriffe auf Gaza und Westbank im Jahr 2007 getötet wurden und an keinerlei militärischer Aktion beteiligt waren. Der UNO-Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten, John Holms, stellte vergangene Woche auch klar, dass das israelische Vorgehen durch den Abschuss palästinensischer Raketen auf Südisrael nicht gerechtfertigt sei.



Der UNO
zufolge sind
350000
Menschen über
die Grenze
nach Ägypten

Bildquelle:
Reuters

Doch meint die israelische Regierung mit Blockaden und Militärraunereien überhaupt die islamistische Hamas oder militante Organisationen, wie ihre Vertreter behaupten? Immerhin hat sie der kompromissbereiten Gruppe um Präsident Mahmud Abbas in den Verhandlungen der vergangenen Jahre keine Chance gegeben. Es gab nie die geringste Aussicht auf einen lebensfähigen Staat und eine ausreichende Existenzgrundlage für die Palästinenser in Westbank und Gazastreifen. Dies war für viele bei den Parlamentswahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten im Jahr 2006 ein wichtiger Grund, der scheinbar so durchsetzungsfähigen Hamas die Stimme zu geben. Die Reaktion kam prompt. Israel, die USA und die EU

starteten einen Boykott gegen die gewählte palästinensische Hamasregierung und bestrafte die Wähler, indem zugesagte finanzielle Hilfe und den Palästinensern zustehende Zolleinnahmen einbehalten wurden. Im demokratischen Westen gelten demokratische Wahlen mit „falschem Ergebnis“ offensichtlich wenig. Ganz anders verhalten sich die Palästinenser. Sie waren bereit, selbst mit Ariel Sharon (früherer Ministerpräsident Israels) zu verhandeln, der für die Massaker in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila im Libanon im Jahr 1982 verantwortlich war.

Auch der Widerstand verschiedener palästinensischer Organisationen, die gegen undemokratische Maßnahmen der Hamasregierung wie Demonstrationsverbote einen Generalstreik organisierten, wird vom demokratischen Westen und Israel in keinsten Weise unterstützt. Ebenso wird das oft wiederholte Angebot eines Waffenstillstands der Hamas, wenn Israel seine kontinuierlichen Angriffe einstellt, zurückgewiesen. Diese Organisationen passen nicht ins Konzept, denn sie fordern das Selbstbestimmungs- und Menschenrecht ein, das die Vereinten Nationen den Palästinensern in verschiedenen Resolutionen bestätigt haben.

Soll schleichender Massenmord mit den Mitteln der Blockade und ständiger militärischer Angriffe die palästinensischen Rechte für immer von der Tagesordnung streichen? Die Äußerung von US-Präsident George Bush bei seinem jüngsten Besuch in der Region lässt diesen Verdacht aufkommen. Er will nicht mehr auf der Grundlage von UN-Resolutionen weiter verhandeln. Doch das Selbstbestimmungs- und Menschenrecht ist die Grundlage demokratischen Zusammenlebens. Wir fordern euch auf, euch für die Respektierung der Menschenrechte in Palästina einzusetzen. Protestiert, diskutiert, schreibt Leserbriefe!

Mit dem Protest in der Region Stuttgart für die Menschenrechte in Palästina:

Schützt die Bevölkerung in Gaza vor dem schleichenden Massenmord durch Blockaden und Bombardierung der israelischen Armee!

Setzt euch ein für das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat!

Für das von der UNO bestätigte Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr!

Für gleiche Rechte aller Bürger in Israel unabhängig von ihrer Religion!

KUNDGEBUNG - LASST GAZA LEBEN:

26. Jan. 08 um 12 Uhr, Tübingen Holzmarkt

Es sprechen: Dr. Helga Baumgarten (Bir Zeit Uni. Palästina)
Felicia Langer (Trägerin d. alternativen Friedensnobelpreises)

Mehr Info im Internet: senderfreiespalaestina.de
V.i.S.d.P: M. Kunkel, Rosengartenstr. 80, 70184 Stgt.